



Erinnern für die Zukunft

Deutsch-israelische Bildungszusammenarbeit

Impressum

Herausgeber

Sekretariat der Ständigen Konferenz
der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Anschrift

Taubenstraße 10
10117 Berlin
Telefon(030) 25418-499
Fax (030) 25418-450

Graurheindorfer Str. 157
53117 Bonn
Telefon (0228) 501-611
Fax (0228) 501-777

Redaktion & Gestaltung

Andreas Schmitz, Martin Finkenberger

Gestaltung der Titelseite

DITHO Design, Köln

Druck

Eigendruck

März 2015



Inhalt

Zur Einführung	4
„Wir sind aufgerufen, die Geschichte jüdischen Sterbens in die Geschichte jüdischen Lebens einzuordnen.“ Professor Michael Brenner zur Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland	6
Deutsch-jüdische Geschichte im Unterricht	8
Aktivitäten und Projekte im Kontext des Jubiläumsjahres	10
Gemeinsame Absichtserklärung zwischen Yad Vashem und Kultusministerkonferenz	13
„Unsere Generation muss sich nicht schuldig fühlen, aber verantwortlich“: Reiseeindrücke beim Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz zum 70. Jahrestag der Befreiung	15
„Bildung weckt Neugierde – Austausch schafft Vertrauen.“ Tal Gat, ehemaliger Attaché der israelischen Botschaft in Berlin, über die Bildungszusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel	17
Von Mensch zu Mensch – miteinander und voneinander lernen: Austauschbegegnungen zwischen Deutschland und Israel im Schulbereich	18
Johannes-Rau-Stipendiaten: Ein Programm des PAD	19
Johannes-Rau-Stipendiaten berichten	20
Zwei israelische Schüler zu Gast in Taucha	21
Erinnern für die Zukunft: Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule	22
Kommuniqué zur deutsch-israelischen Bildungszusammenarbeit	26



Liebe Leserin, lieber Leser,



den 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel nimmt die Kultusministerkonferenz zum Anlass, mit der vorliegenden Broschüre ein aussagekräftiges Bild der deutsch-israelischen Bildungszusammenarbeit zu zeichnen. Diese Broschüre gibt einen vertieften Einblick in die vielfältigen Aktivitäten, die auf Ebene der Kultusministerkonferenz sowie der Länder in der Bundesrepublik im Rahmen des deutsch-israelischen Jubiläums durchgeführt worden sind und weiter initiiert werden. Im Dezember 2014 hat die Kultusministerkonferenz Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung verabschiedet und veröffentlicht, von denen wir uns weitreichende Impulse für die Erinnerungsarbeit in den Schulen erhoffen.

Wir schauen zurück und wir schauen nach vorn. Wir denken an die Vergangenheit und die Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen und wir würdigen zugleich fünfzig Jahre sich stetig entwickelnder Zusammenarbeit. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit, die auch auf der Zusicherung des Existenzrechts des Staates Israel gegründet ist, trägt erkennbar Früchte und prägt unsere Kooperation für die Zukunft.

Authentisches Bild von jüdischem Leben in Deutschland

Uns ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schülern ein umfassendes Verständnis jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Deutschland entwickeln: Die Geschichte der Deutschen ist ohne jüdische Deutsche nicht denkbar. So gilt es, das gesamte Spektrum jüdischer Geschichte in Deutschland wahrzunehmen – ohne das dunkelste Kapitel, die Shoa, auszublenden. Dazu gehört auch ein authentisches Bild des gegenwärtigen jüdischen Gemeindelebens in Deutschland, das sich in vielfältiger Weise entwickelt. Deutschland ist zu einem der Zentren der Rabbinerausbildung in Europa geworden und in Deutschland leben mittlerweile mehr als 100.000 Menschen jüdischen Glaubens.

Aktuelle Entwicklungen

Anfang des Jahres freuten wir uns alle über einen Befund, den sich vor einem halben Jahrhundert niemand hätte vorstellen können: Einer Untersuchung zufolge schätzen sieben von zehn Israelis Deutschland positiv ein. Und unter jungen Israelis wächst das Interesse an Deutsch als Fremdsprache. Wir erleben eine

Intensivierung des Austauschs zwischen jungen Deutschen und jungen Israelis. Deutschland und Israel sind moderne und multi-kulturelle Gesellschaften, die viele vergleichbare Herausforderungen gemeinsam angehen können. Wir arbeiten daran, dass die junge Generation in beiden Ländern mehr von- und übereinander lernt und versteht.

Zugleich sehen sich die Demokratien Europas aber auch durch einen intoleranten und gewalttätigen Fanatismus herausgefordert, der ein friedliches Zusammenleben von Religionen, Ethnien und Kulturen verhindern will. Uns alle rüttelt wach, dass jüdische Familien aus Sorge um die Sicherheit ihrer Kinder europäische Metropolen verlassen und Zuflucht in Israel suchen. „Nous sommes Yohan, Philippe, Francois-Michel et Yoav.“

Erinnerungsarbeit in Schulen – Neue Herausforderungen

Im Jahr 2015 gibt es verschiedene Anlässe, sich der Shoa, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, ihrer Entstehung und der Befreiung davon zu erinnern. „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz“, so hat es Bundespräsident Joachim Gauck treffend formuliert. Viele Gespräche, Begegnungen, Besuche, Fachtagungen, intensive Gremienberatungen und Beschlüsse geben Zeugnis darüber, welche Bedeutung die Kultusministerkonferenz der Erinnerungsarbeit und der Erinnerungskultur beimisst. Es bestehen vielfältige Angebote der Lehrerfortbildung, auch in enger Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten bis hin zu Fortbildungsveranstaltungen mit Yad Vashem. Die Kultusministerkonferenz und Yad Vashem haben im Oktober 2013 eine Gemeinsame Erklärung für eine ständige, umfassende Zusammenarbeit unterzeichnet. Wir werden uns künftig noch enger über methodisch-didaktische Ansätze in der Holocaustvermittlung austauschen. Das betrifft nicht nur die Gestaltung des entsprechenden Fachunterrichts, das betrifft die Erinnerungsarbeit in Schulen und an außerschulischen Lernorten insgesamt sowie die Lehreraus- und- fortbildung. Kultusministerkonferenz und israelische Botschaft haben sich anlässlich des 50. Jahrestages der deutsch-israelischen Beziehungen auf ein gemeinsames Bildungsprojekt an Schulen verständigt.

Das große Interesse von Jugendlichen an der Geschichte und an jüdischem Leben in Deutschland stimmt uns hoffnungsvoll. Wer mit Schülerinnen und Schülern im Unterricht spricht, wer sie bei Besuchen in Gedenkstätten begleitet, wird immer wieder

feststellen, dass sie sich sehr gründlich und ernsthaft mit dem Thema befassen.

In den Jahren 2013, 2014 und 2015 war und ist die Erinnerungskultur ein Schwerpunkt unserer jeweiligen KMK-Präsidentschaft. Erinnerungskultur ist wohlverstandene und aktive Vorsorge für die Zukunft unserer Demokratie. Erinnerungskultur ist deshalb auch einer der wichtigsten Beiträge, den Schulen für unser eigenes Land und für die künftigen deutsch-israelischen Beziehungen leisten können.



Brunhild Kurth
Präsidentin der Kultusministerkonferenz 2015



Sylvia Löhrmann
Präsidentin der Kultusministerkonferenz 2014



Stephan Dorgerloh
Präsident der Kultusministerkonferenz 2013

„Wir sind aufgerufen, die Geschichte jüdischen Sterbens in die Geschichte jüdischen Lebens einzuordnen“

Professor Michael Brenner ist ein ausgewiesener Kenner der deutsch-jüdischen Geschichte. Ihm liegt vor allem daran, dass Schülerinnen und Schüler mehr über die unterschiedlichen historischen Dimensionen jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Deutschland erfahren. Mit Professor Brenner sprach Andreas Schmitz.

Deutsch-jüdische Geschichte und Kultur haben Mitteleuropa über Jahrhunderte geprägt und geformt. Wie würden Sie dieses Zusammenleben zwischen Integration und Ausgrenzung beschreiben?

Juden lebten schon zur Römerzeit auf dem Gebiet des heutigen Deutschland. Sie waren also über zwei Jahrtausende Teil der Kulturen, die sich hier entfaltet haben. Seit dem christlichen Mittelalter waren sie als die zumeist einzigen Nichtchristen aber auch die klassischen Außenseiter. Sie wurden in bestimmte Berufsgruppen gezwängt und durften andere Berufe nicht ausüben. Viele Vorurteile, die sich im Volksglauben des Mittelalters entwickelt haben, prägten dann auch den modernen Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Seit Beginn der Emanzipation am Anfang des 19. Jahrhunderts war es Juden möglich, sich in die Gesamtgesellschaft zu integrieren, sie galten nun als „Deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“. Doch Barrieren blieben. Auch als die Juden im gesamten Reichsgebiet mit der Verfassung des Deutschen Reichs 1871 völlige rechtliche Gleichstellung erhielten, blieben sie aus Offiziersrängen oder Ministerämtern ausgeschlossen. Erst in der Weimarer Republik gelang ihnen der endgültige gesellschaftliche Durchbruch. Doch gleichzeitig machte sich nun der rassistisch begründete Antisemitismus immer mehr Platz und resultierte im Aufstieg des Nationalsozialismus. Der Zivilisationsbruch, den die Ermordung des Großteils der europäischen Juden ausmachte, prägte von nun an den Blick auf die deutsch-jüdische Geschichte.

Heute leben über 100.000 Juden in Deutschland. Was macht jüdisches Leben in Deutschland aus?

Nach dem Holocaust hatte niemand angenommen, dass es in Deutschland wieder jüdisches Leben geben würde. Der Berliner Rabbiner Leo Baeck, die führende Figur im deutschen Judentum während der Verfolgungszeit, sprach dann auch vom Ende der deutsch-jüdischen Geschichte. In der Tat war die Neugründung jüdischer Gemeinden nach 1945 zunächst nicht auf Dauer angelegt. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren lebten neben den wenigen überlebenden deutschen Juden und den Rückkehrern aus dem Exil etwa 250.000 sogenannte jüdische „Displaced Persons“ im Nachkriegsdeutschland. Sie stammten aus Osteuropa, zumeist Polen, hatten den Krieg entweder in Konzentrationslagern, im Versteck oder durch Flucht in die Sowjetunion überlebt

und waren nun in der amerikanischen Besatzungszone gestrandet. Sie wollten weiterwandern, doch der Staat Israel bestand noch nicht und die Briten hielten die Tore Palästinas verschlossen. Die Amerikaner hatten noch strenge Immigrationsgesetze. Als sich dies Ende der 1940er Jahre änderte, verblieben weniger als 10 Prozent dieser Gruppe in der neugegründeten Bundesrepublik. Nur wenige Tausend Juden ließen sich in der DDR nieder. Von ihnen flüchteten viele 1952/53 in den Westen, als von der Sowjetunion und der Tschechoslowakei eine neue antisemitische Welle auch die DDR ergriff.

Die kleine jüdische Gemeinschaft in Deutschland blieb relativ stabil bei etwa 30.000 Mitgliedern, wobei in den achtziger Jahren eine gewisse Überalterung festzustellen war. Erst die Zuwanderung von über 100.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach 1990 brachte eine Änderung und zum ersten Mal die Möglichkeit, jüdisches Leben in Deutschland wieder langfristig planen zu können. Doch muss bedacht werden, dass der Großteil der jüdischen Zuwanderer aus der Sowjetunion keine Erfahrung jüdisch-religiösen Lebens mit sich bringt. Ein Teil der Zuwanderer hat sich allerdings in die jüdischen Gemeinden integriert, schickt die Kinder auf die jüdischen Grundschulen oder die einzige jüdische Oberschule in Berlin, und nimmt rege an den Veranstaltungen der Gemeinden teil. Mittlerweile bestehen in Deutschland sogar wieder Rabbinerseminare für alle religiösen Richtungen des Judentums. Es ist dennoch nicht zu übersehen, dass die jüdische Gemeinschaft heute im Vergleich zu den 600.000 Juden der Weimarer Republik und ihrem reichhaltigen religiösen und kulturellen Leben nur ein Schatten ihrer einstigen Größe ist.

Welche Anforderungen stellen Sie an einen zeitgemäßen Geschichtsunterricht bezüglich der Vermittlung des Holocaust?

Wichtig erscheint es mir, dass die Geschichte jüdischen Sterbens in die Geschichte jüdischen Lebens eingeordnet wird. Wenn die Schüler und Schülerinnen zum ersten Mal von Juden hören, wenn es um den Holocaust geht und jüdische Kultur nur mit dem Massensterben in Verbindung gebracht wird, entsteht ein schiefer Eindruck. Juden haben vor 1933 und nach 1945 die deutsche Gesellschaft mitgeprägt, sie waren und sind Deutsche ebenso wie protestantische und katholische und heute auch muslimische Deutsche. Die Geschehnisse des Holocaust lassen sich meines Erachtens nach am besten über persönliche Beispiele

vermitteln, über das Schicksal einer Familie vor, während und nach der Verfolgungszeit. Es gibt zwar nicht mehr viele Zeitzeugen, aber ich habe den Eindruck, dass die Schulen heute noch wesentlich stärker auf die letzten lebenden Zeitzeugen zurückgreifen könnten, als sie es tun.



Foto: OH

Zur Person: Michael Brenner ist Professor für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Direktor des Center for Israel Studies an der American University in Washington, D.C.. Er ist Internationaler Präsident des Leo Baeck Instituts und gewähltes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften sowie der Accademia Nazionale Virgiliana in Mantua. 2014 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Zu seinen Buchveröffentlichungen zählen: Kleine Jüdische Geschichte, Propheten des Vergangenen: Jüdische Geschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert und Jüdische Kultur in der Weimarer Republik. Zuletzt gab er die Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis in die Gegenwart heraus.

Deutsch-jüdische Geschichte im Unterricht

Von Andrea Schwermer

Die mehr als 1.000 Jahre alte Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland ist ein ganz wesentlicher Bestandteil der deutschen Geschichte. Dabei sind die Verfolgungen der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ihren grausamen Höhepunkt unter der Terrorherrschaft und Vernichtungsmaschinerie der Nationalsozialisten erlebten, Verpflichtung für gegenwärtige und künftige Generationen. Daraus ergibt sich der Auftrag, entschieden gegen Verfolgung und Ausgrenzung von Menschen, gleich welcher Herkunft, Religion und Gruppierung sie angehören, einzutreten. Daneben muss aber auch das Bewusstsein dafür bestehen, „dass Juden seit mehr als tausend Jahren Teil unserer Gesellschaft sind und die deutsche Geschichte mitgeprägt haben.“¹

Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust im Schulunterricht aller Länder verankert

Daher herrscht in den für die schulische Bildung verantwortlichen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland Konsens, dass Nationalsozialismus und Holocaust ganz wichtige und unverzichtbare Gegenstände sind, die in allen Schularten im Unterricht und darüber hinaus thematisiert werden. Die Kultusministerkonferenz hat sich dazu erstmals mit ihrem Beschluss vom 12. Februar 1960 zur „Behandlung der jüngsten Vergangenheit im Geschichts- und gemeinschaftskundlichen Unterricht“ bekannt und seither weitere Empfehlungen sowie Berichte herausgegeben. Bewusstmachen der deutschen und jüdischen Geschichte und ihrer Gemeinsamkeiten bedeutet, die Thematik in die verschiedenen Kontexte und Zugangsweisen der einzelnen Unterrichtsfächer einzubinden. Die curricularen Vorgaben im Fach Geschichte beispielsweise sehen eine Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust i. d. R. in der 9. oder 10. Jahrgangsstufe vor, dann in der gymnasialen Oberstufe (11./12. Jahrgangsstufe) noch einmal in vertiefender und größere Zusammenhänge aufzeigender Weise. Eine Annäherung anderer Art bieten die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Politik/Sozialkunde/Gemeinschaftskunde, dann Religion und Ethik sowie nicht zuletzt das Fach Deutsch mit der Lektüre von Büchern über die Zeit und einzelne Schicksale. Dies ist nicht auf einzelne Klassenstufen beschränkt, sondern geschieht über die gesamte Schullaufbahn.

Bedeutung von Gedenkstätten – 27. Januar als Gedenktag in Schulen

Über den Unterricht hinaus wird großer Wert auf außerunterrichtliche Aktivitäten wie beispielsweise den Besuch von authentischen Orten, insbesondere Gedenkstätten, und den Kontakt mit Zeitzeugen gelegt. Für die Zeit, in der diese nicht mehr unter uns weilen, stehen ihre Zeugnisse in unterschiedlicher medialer Aufbereitung zur Verfügung. Wichtig ist auch, Anreize für Schülerinnen und Schüler zu schaffen, selbst auf Spurensuche zu gehen und Nachforschungen zu Zeugnissen jüdischen Lebens in ihrem unmittelbaren Umfeld anzustellen. Dazu bieten Wettbewerbe oder auch die in allen Ländern zu dem Themenbereich durchgeführten Projekttaggelegenheit. Einen besonderen Anlass bildet zudem der 1996 von dem damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog proklamierte Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz (27. Januar). Seither werden die Schulen jährlich dazu aufgerufen, diesen Tag als Projekttag zu nutzen und sich mit diesem Themenbereich in besonderer und konzentrierter Weise auseinanderzusetzen. Hier arbeiten Schulen gerne mit außerschulischen Partnern zusammen. Der hohe Stellenwert des Themenbereichs Nationalsozialismus und Holocaust spiegelt sich auch in den Angeboten der Lehrerfortbildung wider. Sie finden häufig in enger Kooperation mit den Landeszentralen für politische Bildung, Gedenkstätten bis hin zu Fortbildungsveranstaltungen in Yad Vashem statt.

Juden als Mitgestalter deutscher und europäischer Geschichte

Die Geschichte der Juden in Deutschland darf im Unterricht aber nicht auf die Zeiten von Unterdrückung, Entrechtung und Vernichtung reduziert werden, sondern muss umfassend dargestellt werden. Juden waren in der Geschichte nicht nur Opfer, sondern ganz wesentlich auch Mitgestalter der deutschen und europäischen Geschichte. Dies zu vermitteln ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass heute erfreulicherweise wieder weit mehr als 100.000 Juden in Deutschland leben, von großer Bedeutung. Anlässlich der Entgegennahme der Broschüre des Leo-Baeck-Instituts „Deutsch-jüdische Geschichte im Unterricht“ am 27. August 2003 sagte die damalige Präsidentin der Kultusministerkonferenz Karin Wolff: „Die Schüler sollten eine Vorstellung von den bemerkenswerten wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen der Juden seit Beginn der Emanzipati-

on bekommen und die deutsch-jüdische Geschichte als Teil ihrer eigenen Geschichte wahrnehmen.“ Sie empfahl diese Unterrichtshilfe allen Ländern für ihre weitere Lehrplanarbeit. Die Neuauflage und Aktualisierung der Handreichung im Jahr 2011 wurde allen Ländern zur Bekanntmachung an den Schulen übermittelt.

Kompetenzorientierung: mehr Freiheit und Verantwortung

Ein Blick in die aktuellen Lehr-, Bildungs- bzw. Rahmenpläne zeigt: Im Fach Geschichte sind die Epochen Mittelalter und Nationalsozialismus, also Zeiten von Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung, am stärksten repräsentiert. Darüber hinaus sind weitere Unterrichtseinheiten vorgesehen, damit das Thema „Judentum“ umfassend vermittelt werden kann. Die inhaltliche und thematische Ausdifferenzierung sowie die Festlegung des Umfangs von Unterrichtsvorhaben obliegt i. d. R. den Fachkonferenzen bzw. Lehrkräften vor Ort, die damit bestimmen, wie der vorgegebene Rahmen ausgefüllt wird. Neben den schon genannten beiden Schwerpunkten sind Themen der deutsch- (bzw. europäisch-) jüdischen Geschichte insbesondere im Unterricht zur Römischen Antike, Frühen Neuzeit und zum Absolutismus, zur Aufklärung, zum 19. Jahrhundert, Ersten Weltkrieg und zur Weimarer Republik sowie zu Deutschland nach 1945 verankert. In Zusammenhang mit der jüngeren deutsch-jüdischen Geschichte werden auch Fragen der Wiedergutmachung, Aussöhnung und Erinnerungskultur thematisiert. In den Fächern Religion und Ethik werden neben der jüdischen Religion und Glaubenspraxis auch Themen der jüdischen Geschichte einschließlich des jüdischen Lebens in Deutschland behandelt. Die Geschichte des Staates Israel einschließlich des Nahostkonflikts ist dann wieder hauptsächlich in dem Fach Geschichte und anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Unterrichtsgegenstand. Weitere Anknüpfungspunkte für eine Thematisierung deutsch-jüdischer Geschichte bieten Fragestellungen aus den Bereichen Demokratieerziehung, Menschenrechtserziehung sowie Migration/Einwanderung, die insbesondere in Sozialkunde und politischer Bildung verortet sind. Auch der Literaturunterricht in Deutsch und in Fremdsprachen leistet u.a. durch die Auswahl geeigneter, altersgerechter Lektüre einen wesentlichen Beitrag.

Um eine vollständigere und differenziertere Betrachtung der deutsch-jüdischen Geschichte im Unterricht weiter zu fördern, haben sich die Länder vor gut einem Jahr darauf verständigt, „bei anstehenden Lehrplanrevisionen insbesondere im Fach Geschich-

te, aber unter ihrer jeweiligen Perspektive auch in anderen Fächern sowie durch weitere geeignete Maßnahmen (Unterrichtsmaterialien, Lehrerfortbildung, Zusammenarbeit mit Partnern etc.) die deutsch-jüdische Geschichte im Unterricht über die Epochen von Ausgrenzung und Verfolgung hinaus auch als eine Geschichte kontinuierlichen und sich gegenseitig befruchtenden Zusammenlebens in Europa zu berücksichtigen“.

Ein weiterer Impuls kann von den gemeinsamen deutsch-israelischen Schulbuchempfehlungen, die 2015 zum fünfzigjährigen Bestehen diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern veröffentlicht werden sollen,² ausgehen. Die Wiederbelebung der bilateralen Schulbuchkommission, die schon einmal von 1981 bis 1985 getagt hatte, war im Jahr 2009 ein Ergebnis des Gesprächs des damaligen Präsidenten der Kultusministerkonferenz Henry Tesch mit dem israelischen Bildungsminister Gideon Sa'ar in Jerusalem.

Zur Person: Studiendirektorin Andrea Schwermer ist stellvertretende Referatsleiterin in der Schulabteilung des Sekretariats der Kultusministerkonferenz in Berlin.

Anmerkungen

- 1) Leo-Baeck-Institut, Deutsch-jüdische Geschichte im Unterricht – Eine Unterrichtshilfe für Schule und Erwachsenenbildung, hrsg. von der LBI-Kommission für die Verbreitung deutsch-jüdischer Geschichte, 2. Erweiterte und aktualisierte Fassung, Bad Homburg 2011, S. IV.
- 2) Siehe www.gei.de/forschung/europa/bruchlinien/deutsch-israelische-schulbuchkommission.html.

Aktivitäten und Projekte im Kontext des Jubiläumsjahres

Von Angela Krill

Zwischen Deutschland und Israel besteht ein Verhältnis „sui generis“, das sich auch in den bilateralen Bildungsbeziehungen widerspiegelt. Die bildungs- und kulturpolitische Kooperation zwischen beiden Staaten ist in den vergangenen Jahrzehnten stark gewachsen und zeichnet sich durch vielfältige Projekte und Maßnahmen sowohl auf Ebene der Kultusministerkonferenz als auch auf Ebene der Länder aus. Die Aktivitäten bauen häufig aufeinander auf und haben in den letzten Jahren, insbesondere aber im Jubiläumsjahr 2015, an Intensität zugenommen. Dies gilt sowohl für die Aufarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit als auch ganz wesentlich für die Gestaltung der Beziehungen in Gegenwart und Zukunft.

Auf der **Ebene der Kultusministerkonferenz** lassen sich aktuell folgende länderübergreifende Maßnahmen und Vorhaben festhalten:

1. Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung zwischen Kultusministerkonferenz und Yad Vashem

Im Rahmen der Israel-Reise einer KMK-Delegation unter Leitung des damaligen Präsidenten Stephan Dorgerloh im Oktober 2013 wurde eine Gemeinsame Erklärung zwischen Kultusministerkonferenz und Yad Vashem unterzeichnet. Diese Vereinbarung stellt – neben bereits bestehenden Erklärungen einzelner Länder mit Yad Vashem – das Fundament für die gegenwärtige und künftige Zusammenarbeit zwischen Kultusministerkonferenz und Yad Vashem dar. Auf dieser Grundlage sollen Schülerinnen und Schüler sowie Lehramtsstudierende altersangemessen Wissen über die Geschichte des jüdischen Vorkriegslebens in Europa sowie des Holocaust erwerben. Zu diesem Zweck werden eine intensive Kooperation in der Gedenkstättenpädagogik und in der Lehrerfortbildung sowie ein enger Austausch über methodisch-didaktische Ansätze in der Holocaustvermittlung angestrebt.

Die Unterzeichnung dieser Vereinbarung knüpft auch an die Besuche und Verabredungen vormaliger Präsidenten mit ihren Delegationen in Israel und Yad Vashem an, wie z.B. an den Besuch des damaligen KMK-Präsidenten Henry Tesch im Jahr 2009 und an den Besuch des vormaligen Vizepräsidenten und bayerischen Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, an.

2. Deutsch-israelische Schulpartnerschaften: Erleichterung von Austauschmaßnahmen

Ein weiteres wichtiges Ergebnis des Besuchs der KMK-Delegation im Jahr 2013 stellen auch die Erleichterungen der Austauschbegegnungen für junge Israelis dar. Der damalige israelische Bildungsminister Shai Piron hat die Bitte der deutschen Seite aufgegriffen und dafür Sorge getragen, dass der Besuchszeitraum für israelische Schülerinnen und Schüler, die im Schüleraustausch nach Deutschland reisen, ausgeweitet wird. Jetzt können Besuche auch außerhalb der Ferienzeiten stattfinden. Auch in diesem Zusammenhang wurden Anregungen und Vorschläge der KMK-Delegationen aus den Jahren 2009 und 2011 zur weiteren Intensivierung des Schüleraustauschs aufgegriffen.

3. Besuch der vormaligen Präsidentin in Polen/Auschwitz-Birkenau

Die nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann reist regelmäßig nach Polen, um gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern aus Nordrhein-Westfalen das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zu besuchen. Während ihrer Präsidentschaft im Erinnerungsjahr 2014 besuchte die Präsidentin das ehemalige Vernichtungslager am 27. Januar 2014 in Begleitung des Generalsekretärs der Kultusministerkonferenz, Ministerialdirektor Udo Michalik.

4. Fachtagung der Kultusministerkonferenz „Bildungsarbeit im 21. Jahrhundert zur Geschichte der Shoa“

Im Kontext des Präsidentschaftsschwerpunktes „Erinnerungskultur“ fand am 27. November 2014 im Sekretariat der Kultusministerkonferenz in Berlin eine Fachtagung zu neuen Herangehensweisen und Methoden in der Holocaustvermittlung statt. Die Tagung mit dem Titel „Bildungsarbeit im 21. Jahrhundert zur Geschichte der Shoa“ wurde von der Präsidentin 2014, Ministerin Sylvia Löhrmann, und dem israelischen Botschafter, S. E. Yakov Hadas-Handelsman, eröffnet. Die Veranstaltung knüpfte an die Gemeinsame Erklärung zwischen Kultusministerkonferenz und Yad Vashem an und richtete sich an Entscheidungsträger in den Kultusministerien, Multiplikatoren aus dem Bereich der Lehrerbildung sowie an pädagogisch Verantwortliche von Gedenkstätten. In diesem Rahmen hat auch Yad Vashem sein umfassendes mehrsprachiges, frei zugängliches Online-Angebot zur Vermittlung von Kenntnissen über den Holocaust präsentiert.

5. Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Erinnerungskultur

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Gedenktage im Jahr 2014 und in den kommenden Jahren hat die 348. Kultusministerkonferenz im Dezember 2014 eine von der damaligen Präsidentin, Ministerin Löhrmann, initiierte Empfehlung zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule verabschiedet. Darin spielt die Erinnerung an die Verbrechen unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, insbesondere an der jüdischen Bevölkerung, und die daraus erwachsende Verpflichtung für die Zukunft eine wichtige Rolle. Die Empfehlung knüpft an frühere Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zu einzelnen Themen aus dem Bereich politische Bildung an. Sie wurde unter Einbeziehung einschlägiger Institutionen und Verbände erarbeitet.

6. Deutsch-israelisches Bildungsprojekt an Schulen

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der deutsch-israelischen Beziehungen haben sich 2014 die damalige Präsidentin, Ministerin Sylvia Löhrmann, und der israelische Botschafter, S. E. Yakov Hadas-Handelsman, darauf verständigt, ein deutsch-israelisches Bildungsprojekt an Schulen durchzuführen. Wesentliches Element ist dabei die Erarbeitung einer Handreichung (Online-Fassung) für Lehrkräfte der Fächer Geschichte und Sozialkunde an allgemein bildenden Schulen zu zentralen Stationen der deutsch-israelischen Beziehungen bis zur Gegenwart. Die Handreichung soll zu



Israel-Reise im Oktober 2013: KMK-Präsident Stephan Dorgerloh im Gespräch mit Avner Shalev, Vorstandsvorsitzender von Yad Vashem, und dem deutschen Botschafter Andreas Michaelis.

Beginn des Schuljahres 2015/16 vorliegen und im Schulunterricht eingesetzt werden. Sie soll den Lehrkräften Anregungen bieten, an ausgewählten Aspekten und Themenstellungen die deutsch-israelischen Beziehungen im Unterricht zu behandeln.

7. Deutsch-israelische Schulbuchkommission

Erste deutsch-israelische Schulbuchgespräche, koordiniert durch das Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung (GEI), gab es bereits in den 1980er Jahren. Damals stand die Darstellung jüdischer Geschichte in Schulbüchern im Mittelpunkt.

2009 wurde die deutsch-israelische Schulbuchkommission auf Initiative des damaligen Präsidenten, Minister Henry Tesch, und der israelischen Botschaft wiederbelebt. Die Koordinierung liegt wiederum beim GEI, die Kultusministerkonferenz wirkt in der Kommission auf Arbeitsebene mit. Wissenschaftler, Fachdidaktiker und Pädagogen untersuchen nun deutsche und israelische Geschichts-, Geographie- und Sozialkundebücher beider Sekundarstufen unter folgenden Aspekten: Darstellung des Holocaust, Bild Israels in Deutschland und Bild Deutschlands in Israel sowie Behandlung der Globalisierungsthematik. Die Analyseergebnisse und die daraus erwachsenden Schulbuchempfehlungen der Schulbuchkommission werden der Fachöffentlichkeit in einer gemeinsamen Fachtagung der Kultusministerkonferenz, des GEI, der israelischen Botschaft sowie des Zentralrates der Juden in Deutschland am 4. November 2015 im Sekretariat der Kultusministerkonferenz in Berlin präsentiert. In diesem Rahmen wird auch die oben genannte Lehrerhandreichung vorgestellt.

8. Maßnahmen des Pädagogischen Austauschdienstes in Zusammenarbeit mit den Ländern

Der Pädagogische Austauschdienst (PAD) des Sekretariats der Kultusministerkonferenz plant mit Mitteln des Auswärtigen Amtes im Kontext des Jubiläumsjahres 2015 ein Projekt mit dem Ziel, das „junge und aktuelle Deutschland“ in Israel zu präsentieren. Es ist vorgesehen, dass im Herbst 2015 Jugendliche aus beiden Ländern gemeinsam an Projekten aus dem MINT-Bereich arbeiten. In diesem Rahmen ist eine Zusammenarbeit mit einer wissenschaftlichen Einrichtung in Israel angedacht.

Unter der Federführung Sachsens (Präsidialland 2015) wird zudem eine länderübergreifende Fortbildung in Yad Vashem für Lehrkräfte, die im deutsch-israelischen Schüleraustausch aktiv

sind, stattfinden. Darüber hinaus ist für Deutschlehrkräfte aus Israel im Sommer 2015 in Sachsen eine Fortbildung geplant.

9. Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur Förderung der deutschen Sprache

Im Jubiläumsjahr 2015 ist die Unterzeichnung einer Gemeinsamen Absichtserklärung (MoU) zwischen Kultusministerkonferenz, Auswärtigem Amt und israelischem Bildungsministerium zur Zusammenarbeit bei der Förderung der deutschen Sprache an ausgewählten israelischen Schulen geplant. Sie betrifft u.a. die Einführung von Deutsch als Wahlpflichtfach an ausgewählten Schulen in Israel, den erweiterten Einsatz des Deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz sowie die weitere Intensivierung der deutsch-israelischen Schüler- und Lehreraustauschmaßnahmen im Rahmen der Programme des Pädagogischen Austauschdienstes des Sekretariats der Kultusministerkonferenz.

10. Zusammenarbeit mit dem Abraham Geiger Kolleg

Das Abraham Geiger Kolleg wird in Kürze eine Neuausgabe der „Israelitischen Bibel“ des Rabbiners und Philosophen Ludwig Philippson (1811-1889) auflegen. Dieser hatte seinerzeit eine Neuübersetzung des hebräischen Originaltextes der Tora in die deutsche Sprache vorgenommen. Die Präsentation der Neuausgabe der „Philippson-Bibel“ vor der Fachöffentlichkeit erfolgt im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung im Sekretariat der Kultusministerkonferenz in Berlin voraussichtlich im Frühjahr 2015.

Auf **Länderebene** gibt es zahlreiche weitere **Maßnahmen und Aktivitäten**. Eine detaillierte Aufstellung von Projekten, Vorhaben und Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Jubiläumsjahr 2015 finden Sie auf der Website der Kultusministerkonferenz unter www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2015/Israel-Broschuere_Laenderprojekte.pdf. Die Liste wird regelmäßig aktualisiert.



Israel-Reise im Oktober 2013: KMK-Präsident Stephan Dorgerloh vor dem Childrens memorial in Yad Vashem bei der Eintragung ins Gästebuch. Die Eintragung erfolgte im Beisein des Vorstandsvorsitzenden von Yad Vashem, Avner Shalev, und des deutschen Botschafters in Israel, Andreas Michaelis.



Gemeinsame Absichtserklärung zwischen Yad Vashem und Kultusministerkonferenz

Unterzeichnet am 23.10.2013 in Jerusalem



State of Israel
Ministry of Education



**Gemeinsame Absichtserklärung
zwischen
Yad Vashem, der Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum,
und
der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
in Anwesenheit des Bildungsministers des Staates Israel**

Einleitung

- Eingedenk dessen, dass die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel Mitgliedstaaten der International Holocaust Remembrance Alliance (Internationalen Allianz für das Gedenken an den Holocaust) sind und sich zur Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums über den Holocaust (2000) bekennen, in der sie sich unter anderem dazu verpflichteten, die Bemühungen um die Förderung der Pädagogik und des Gedenkens im Zusammenhang mit dem Holocaust zu stärken und die Erforschung des Holocaust in Schulen und Hochschulen, Gemeinden und anderen Institutionen zu fördern;
- in Anerkennung dessen, wie wichtig die Unterstützung der Holocaust-Pädagogik in der Bundesrepublik Deutschland ist, und des langjährigen Engagements der Länder der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Pädagogik, der Erforschung und des Gedenkens an den Holocaust;
- in Würdigung der vergangenen und gegenwärtigen Erfahrungen von Yad Vashem, der Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum, bei der Zusammenarbeit mit Pädagogen und Politikern in einer Reihe von Ländern in der Bundesrepublik Deutschland in engem Zusammenwirken mit verschiedenen deutschen Bildungseinrichtungen, darunter auch Bildungsministerien bzw. Kultusministerien;

- in Anbetracht der professionellen Beiträge israelischer und deutscher Expertinnen und Experten auf dem Gebiet der Pädagogik und des Gedenkens an den Holocaust;
- in Würdigung des 60. Jahrestags der Gründung von Yad Vashem und in Anerkennung des Nutzens einer engeren Zusammenarbeit bei der Förderung gemeinsamer Ziele –

wollen Yad Vashem, die Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum, und die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, nachstehend

als Parteien bezeichnet, eine ständige und umfassende Zusammenarbeit mit dem Ziel fördern, Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden Unterricht über die Geschichte des jüdischen Vorkriegslebens in Europa sowie des Holocaust in einer altersangemessenen und wirksamen Weise im Rahmen von Bildungsinstitutionen in ganz Deutschland angeedehen zu lassen.

Die Parteien beabsichtigen,

- die Übermittlung und den Austausch von Informationen und Gedanken zwischen Yad Vashem und deutschen pädagogischen Einrichtungen, Hochschulen, Holocaust-Gedenkstätten, Museen und Organisationen in allen sechzehn Ländern in der

Bundesrepublik Deutschland zu fördern;

- die professionelle Entwicklung von Programminhalten für deutsche Pädagogen, insbesondere aus denjenigen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland, die noch keine professionelle Arbeitsbeziehung mit Yad Vashem pflegen, zu fördern;
- die Möglichkeit der koordinierten Ausrichtung einer Konferenz über Lehrmethoden in Bezug auf den Holocaust und jüdisches Vorkriegsleben zu prüfen;
- den Unterricht zum Thema Holocaust in den Lehrplänen aller sechzehn Länder in der Bundesrepublik Deutschland weiter zu verankern.

Es wird davon ausgegangen, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen vorbehaltlich finanzieller Erwägungen und der Verfügbar-

keit menschlicher Ressourcen erfolgt; sie unterliegt ferner den geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften der Parteien. Die Parteien beabsichtigen, miteinander in ständigem Kontakt zu bleiben, um die weitere Umsetzung dieser Gemeinsamen Absichtserklärung zu erörtern.

Diese Absichtserklärung ist in Bezug auf finanzielle, materielle und menschliche Ressourcen nicht bindend. Sie kann im beiderseitigen schriftlichen Einvernehmen der Parteien geändert werden.

Geschehen zu Jerusalem am 23.10.2013, was dem Tag 19 Hesh 5774 entspricht, in drei Urschriften, jede in englischer, deutscher und hebräischer Sprache.

Rabbi Shay Piron
Bildungsminister des
Staates Israel

Avner Shalev
Vorsitzender des
Yad-Vashem-Direktoriums

Stephan Dorgerloh
Präsident der
Kultusministerkonferenz

„Unsere Generation muss sich nicht schuldig fühlen, aber verantwortlich“

Von Barbara Löcherbach

Gemeinsam mit Vertretern der Stiftung „Erinnern ermöglichen“ reiste Ministerin Sylvia Löhrmann vom 25. bis 28. Januar 2015 anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des ehemaligen Konzentrationslagers nach Auschwitz. Vor Ort traf sie Schülerinnen und Schüler der 11. und 12. Jahrgangsstufe des Kardinal-von-Galen-Gymnasium Kevelaer und eine Gruppe Jugendlicher mit jüdischem Bekenntnis aus verschiedenen Städten und Gemeinden, deren Reise von der jüdischen Gemeinde Köln organisiert wurde.

Das Programm startete mit einem Zeitzeugengespräch in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJBS) in Oswiecim mit dem heute 90-jährigen Ignacy Krasnokucki. Bei Kriegsausbruch war er 14 Jahre alt. Über die Zeit im Ghetto sagt er: „Wenn ich zur Arbeit ging, habe ich morgens immer mehr tote Juden auf der Straße liegen gesehen. Das waren Juden, die nachts im Ghetto gestorben waren. Man starb vor Hunger, Arbeit und der Angst, ausgesiedelt zu werden, denn es gab willkürliche Verhaftungen und Deportationen.“ Später, im Konzentrationslager Buchenwald, hatte Krasnokucki Glück, er wurde Hilfeelektriker im Lager. Nur dieses „Nützlichsein für die Nazis“ sicherte sein Überleben. Nach der Auflösung des Konzentrationslagers Buchenwald gelang ihm auf einem Todesmarsch die Flucht. Krasnokucki ist es ein Anliegen, mit jungen Menschen zu sprechen, denn: „Mein Ziel ist es, Euch zu zeigen, wohin Fremdenhass führen kann.“

Später, nach der Führung durch Auschwitz-Birkenau, dem größten Konzentrations- und Vernichtungslager der Deutschen

in der Nazizeit, sagt die 22-jährige Liana Kotliar: „Solch eine menschliche Grausamkeit ist kaum vorstellbar.“ Mehr als eine Million Menschen wurden in Auschwitz ermordet, hauptsächlich Juden und viele tausend Sinti und Roma. Ziel des KZ Auschwitz war es, die Menschen zu vernichten, sei es direkt oder durch Zwangsarbeit. Die Bedingungen im Lager, schlechte Ernährung, mangelnde Hygiene, Krankheiten, führten bei 90 Prozent der Häftlinge binnen zwei Monaten zum Tod.

Abends im Zentrum für Dialog und Gebet entspinnt sich mit den Jugendlichen aus Kevelaer eine lebhaftige Diskussion über Schuld und Verantwortung. Marie Kassing (17) geht das Gesehene so nahe, dass sie jede Nacht davon träumt. Sie findet: „Unsere Generation muss sich nicht schuldig fühlen, aber verantwortlich.“ Henrik Lange (17) resümiert: „Wir haben an einem Tag mehr über Geschichte gelernt als in vielen Jahren Unterricht.“

Begegnung mit Überlebenden

Beim Besuch des Stammlagers I am nächsten Tag kommt es zu einer ungeplanten Begegnung mit einem weiteren Überlebenden. Igor Malicki aus der Ukraine hat wie viele Zeitzeugen eine Mission. Er möchte, dass so etwas nie wieder geschieht. Die Jugendlichen hören dem alten Herrn aufmerksam zu.

Nicht nur die Begegnungen mit Zeitzeugen bewegten die Jugendlichen sehr. Swenja Peters (18) ist „überwältigt von diesem



Foto: Sepp Spiegl

Der Auschwitz-Überlebende Igor Malicki im Gespräch mit Schulministerin Löhrmann.

„Bildung weckt Neugierde – Austausch schafft Vertrauen“

Tal Gat, israelischer Diplomat, war von August 2011 bis Juli 2014 Leitender Attaché der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft des Staates Israel in Berlin. Er ist seit 2008 im diplomatischen Dienst Israels, u.a. als stellvertretender Generalkonsul in Istanbul. Für Tal Gat ist Bildung der Schlüssel für ein besseres wechselseitiges Verständnis zwischen Deutschland und Israel. Mit Tal Gat sprach Andreas Schmitz.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel wurden vor 50 Jahren aufgenommen. Als ehemaliger Angehöriger der israelischen Botschaft haben Sie viele Jahre in Deutschland gelebt. Welche Entwicklung haben Sie beobachten können – insbesondere in den Einstellungen unter Jugendlichen?

Unter den Jugendlichen in Deutschland besteht ein großes Interesse an Israel, der Geschichte, Kultur, dem Leben, der Wirtschaft. Das belegen auch wissenschaftliche Untersuchungen. Das Interesse nimmt zu. Und man kann nur hoffen, dass es in den nächsten Jahren noch weiter zunimmt. Bildungsinstitutionen und Schulen können dabei helfen, die Neugierde weiter zu wecken und Antworten zu geben, die nicht an der Oberfläche bleiben. Die Vergangenheit spielt immer eine Rolle. Wichtig erscheint mir, dass wir die Gemeinsamkeiten beider Länder und Gesellschaften betonen. Beide Staaten sind westlichen Werten verpflichtet, sind offen, liberal und demokratisch. Und wir haben viele gemeinsame Interessen. Es geht nicht darum, der jeweils anderen Seite einen Gefallen zu tun, weil man kooperiert. Beide Länder profitieren von der Zusammenarbeit.

Ohne Erinnern gibt es keine gemeinsame Zukunft. Welche Aspekte der deutsch-israelischen Bildungszusammenarbeit möchten Sie in den nächsten Jahren betont sehen?

Durch die Vergangenheit sind beide Staaten auf ewig miteinander verknüpft. Aber die Geschichte beginnt nicht 1933 und endet nicht 1945. Die Gründung des Staates Israel ist eine unmittelbare Konsequenz aus dem Holocaust. Israel ist das Heimatland des jüdischen Volkes. Diese Geschichte ist Teil der deutschen Identität. Und sie ist Teil der israelischen Identität. Daraus ergibt sich Verantwortung. Ich wünsche mir, dass die Bildungszusammenarbeit dazu führt, dass es in Zukunft unter Jugendlichen weniger, hoffentlich gar keine Vorurteile oder Berührungsängste mehr gibt. Dass wir in gegenseitigem Respekt und im Bewusstsein einer gemeinsamen Wertegemeinschaft in gemeinsamen Projekten in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Entwicklungszusammenarbeit kooperieren. Deutschland und Israel tun das bereits in Afrika, beispielsweise in Uganda und Kenia.

2065 feiern wir 100 Jahre deutsch-israelische Beziehungen. Was soll sich bis dahin am Israelbild der Deutschen verändert haben und was am Deutschlandbild der Israelis?

Dass beide Länder noch neugieriger aufeinander geworden sind. Schon heute gibt es viele deutsch-israelische Paare. Es wächst der Austausch zwischen beiden Ländern in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Sport. Beiden Ländern muss es darum gehen, ein besseres, vertieftes Verständnis vom jeweils anderen zu gewinnen. Bildung ist hervorragend geeignet, ein authentisches Bild des jeweils anderen Landes zu zeichnen. Genau hier müssen wir ansetzen. Und das wollen Kultusministerkonferenz und israelische Regierung mit ihrer Zusammenarbeit erreichen.



Zur Person: Der Diplomat Tal Gat war von August 2011 bis Juli 2014 Leitender Attaché der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft des Staates Israel in Berlin. Derzeit arbeitet er im israelischen Außenministerium.

Von Mensch zu Mensch – miteinander und voneinander lernen

Die Länder fördern Austauschbegegnungen im Schulbereich zwischen Deutschland und Israel in vielfältiger Weise.

Wasser als Grundlage allen Lebens, menschliche Verhaltensweisen vor dem Hintergrund kultureller Verschiedenheit, Essen und Trinken als Ausdruck kultureller Vielfalt, gemeinsame Wurzeln, zukünftige Herausforderungen in einer von Heterogenität geprägten Gesellschaft, aktuelle politische Konflikte, Didaktik und Unterrichtsgestaltung – das sind einige der Themen, die in deutsch-israelischen Austauschbegegnungen allgemeinbildender Schulen angesprochen werden und einen hohen Stellenwert haben.

Eine Meisterausbildung im Bereich Feinwerktechnik, das Sammeln gastronomischer Erfahrungen, der Aufbau einer beruflichen Schule für Schmuck und Design – auch in der beruflichen Bildung finden die Partner Themen, die ihren gemeinsamen Interessen entsprechen.

So vielfältig sich menschliches Miteinander gestaltet, so vielfältig sind die Themen und Maßnahmen, die die 16 Länder anbieten, um im Schulbereich über das heutige Israel zu informieren und um den israelischen Partnern ein modernes und offenes Deutschlandbild zu vermitteln. Dabei steht – unabhängig vom

Themenschwerpunkt – immer im Vordergrund, das Zwischenmenschliche zu fördern und die Bereitschaft zu intensivieren, von den Erfahrungen des Anderen zu lernen.

Dabei werden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen, insbesondere natürlich Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte beider Länder. Auch angehende Lehrerinnen und Lehrer können von Angeboten profitieren. Nicht zuletzt nutzen Schul- und Seminarleitungen sowie Fachkräfte aus der Bildungsverwaltung die Möglichkeiten.

Dabei unterstützen unterschiedliche zielgruppenorientierte Formate alle Beteiligten darin, das jeweils andere Land und dessen Menschen besser kennen zu lernen. Dies reicht vom themen- und projektorientierten Schüler- und Lehrkräfteaustausch über Israelstage, Kulturveranstaltungen, Studientage, Fort- und Weiterbildungen und Gedenkstättenpädagogik bis hin zu Bildungsk Kooperationen mit Wirtschaft und Wissenschaft und institutionalisierten Schulpartnerschaften.

So hat sich ein lebendiger und vielschichtiger Austausch zwischen Deutschland und Israel entwickelt, der geprägt ist durch die besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel, zunehmend jedoch auch durch gemeinsame zukunftsweisende Interessen. Insbesondere im bildungspolitischen Bereich schlagen die Länder so eine Brücke von der gemeinsamen Vergangenheit in die gemeinsame Zukunft.

Beispiele für themen- und projektorientierte Austauschbegegnungen Deutschland-Israel

Themenbereich Kultur

- Musik-Theater-Projekt zum Thema „Fairy Tales“
- Musik als Sprache des Herzens
- Leihst du mir deinen Blick?! Erstellen einer Filmdokumentation
- Jazz als musikalische Weltsprache

Themenbereich Gesellschaft

- Behinderte Menschen in der deutschen und israelischen Gesellschaft
- Asyl gestern und heute: Hilfe suchen, Solidarität üben?!
- Einblick in die deutsche Wirtschaft – deutsche Erinnerungskultur
- So fremd – so nah: Situationen religiöser Minderheiten in Deutschland
- Diskriminierung: Augen auf! Projekte zur Ausgrenzung damals und heute

- Kindheit und Jugend: jüdisches Leben
- Widerstand der Zivilgesellschaft damals und heute
- We and you – Lebenswelten junger Deutscher und Israelis

Themenbereich Geschichte

- Erinnerung einer gemeinsamen Geschichte: Gedenken im 21. Jahrhundert
- Jüdisches Leben vor und nach der Shoa
- Untold Family Stories
- Looking backwards – acting forwards
- Zwei Städte und ihre Geschichte: 800 Jahre Bielefeld/80 Jahre Nahariya
- Denk-Mal zurück: Spuren der Geschichte in Familie, Stadt und Land
- Anne Frank – (K)eine Jugendliche wie du und ich

Johannes-Rau-Stipendiaten: Ein Programm des PAD

An dem Programm, das vom ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau im Jahr 2000 ins Leben gerufen wurde und aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert wird, nehmen jährlich 20 israelische und 20 deutsche Schülerinnen und Schüler teil. Die deutsche Botschaft in Tel Aviv schreibt zur Auswahl der israelischen Jugendlichen einen Aufsatzwettbewerb aus und führt Einzelgespräche mit den Bewerberinnen und Bewerbern. Rund 200 junge Israelis haben sich 2014 beworben.

Die Länder in Deutschland benennen die Schülerinnen und Schüler aus Deutschland, die an dem Programm teilnehmen. Diese werden durch ein Vorbereitungsseminar mit dem Land Israel, seiner Vergangenheit und den gegenwärtigen Problemen vertraut gemacht.

Das gemeinsame Programm aller Jugendlichen in Deutschland beginnt mit einem Familien- und Schulaufenthalt und wird mit einem gemeinsamen Seminar in Berlin abgeschlossen. Zum Berlinprogramm gehören u.a. Besuche und Gespräche im Auswärtigen Amt und im Bundespräsidialamt. 2012 gab es erstmals einen Gegenbesuch deutscher Jugendlicher in Israel.

Das Programm stößt in Israel seit vielen Jahren auf großes Interesse. Dokumentiert wird dies auch durch die hohe Zahl an jungen Bewerberinnen und Bewerbern, die an dem Aufsatzwettbewerb teilnehmen – und gerne die Chance nutzen wollen, sich als Johannes-Rau-Stipendiaten ein authentisches und zeitgemäßes Bild von Deutschland zu machen.



Empfang in Berlin: 2003 begrüßte der Bundespräsident die Gruppe der Johannes-Rau-Stipendiaten in seinem Amtssitz.

Johannes-Rau-Stipendiaten berichten

Massa Abu Arab Teilnehmerin 2014

„As my first time of traveling abroad without my family, ‘a changing experience’ is a description that fits this trip the most. My first week was tremendous. I believe I was lucky in having such a host family. It was loving and warm. They treated me like one of them. (...) Since it is my first time that I was able to live the daily life of Germany the most, I saw how much their life style differs from ours but also how much it is the same.

“We share many things despite the geographical distance.”

This made me realize how small our huge planet can be. I also was a little bit shocked because a lot of people didn't know the most basic infos about the Israeli community. For example, they didn't know about the existence of many religious groups. But then, I, myself didn't know a lot about the German society as well. And I think this is what the grant is all about, to strengthen the bond between the two (Germans and Israelis) through exchanging information, traditions, and way of dealing with the many things that life put us through. (...)

When I thought that nothing could top what I did in Hamburg the seminar in Berlin kind of excelled it. There, we were about 40 people. We came from different places and from different backgrounds. We didn't know most of each other before but, despite that, we became friends from the first day because we had something in common which was Berlin! The whole week we had put our differences aside and were interested to know about each other more. This amazing week changed my perspective of what culture means. It is not only about race or religion; it can be food culture, sports culture and other. Truth be told, I was a little bit concerned of having political arguments, but none of this happened (...)

Each day of this week was unique in itself. Every day I became friends with more people and with every friend, I have widened my horizon due to the stories every one of us has.

These two unbelievable weeks have made me grow emotionally. I realize now how much world there is outside of Nazareth and of Israel itself. Also, the relations between the two countries aren't determined only by politics but also by (...) us, the 20 scholarship holders, and our hosts. I know now that we have the power to make a change beginning from such scholarships. (...)

Mor Burshtein, Teilnehmerin 2014

„To sum up my experience of living for a week with a German family, I would say that it really gave me an idea of how is life in Germany, especially for someone like me – a teenager, close to being an adult. (...) During the whole seminar in Berlin, our guides gave us the feeling of trusting us, treating us as grown-ups, which I appreciate very much because it helped to get a better experience.

I loved having the formal tours, seeing the public institutions that are parallel to the ones we have in Israel. I am much interested in what is going on in the politics of Israel – so I loved understanding how is it in Germany. During the visits (especially in the Bundestag and the foreign office) I had the chance to ask my questions. I was very impressed from the foreign office representative. I got the impression that the German policy about Israel is on one side fair- seeing both sides and on the other side does not ignore the special connection between the countries.(...)

When I accepted the scholarship, I didn't understand the great experience that I accepted.

Thank you for the most developing, amazing and wonderful experience of my young life.”

Zwei israelische Schüler zu Gast in Taucha

Von Ramona Hübner, Fachlehrerin für Geschichte am Geschwister Scholl Gymnasium in Taucha (Sachsen)

Ende des Schuljahres 2012/13 bewarb sich unser Gymnasium als Gastgeber für zwei israelische Schüler, die sich am Johannes-Rau-Stipendiatenprogramm beteiligen. Als in den Sommerferien ein positiver Bescheid vom Pädagogischen Austauschdienst in Bonn eintraf, freuten sich besonders Isabelle Dietrich und Hans Tietze aus dem LK Geschichte 11. Sie hatten die Bewerbung tatkräftig unterstützt, indem sie unsere Schule und sich selbst auf mehreren Seiten in englischer Sprache vorstellten.

Vom 25. bis 27. August 2013 nahmen beide dann an einem Vorbereitungsseminar in Bonn teil. Sie informierten sich über die Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen und über die Situation Israels im Nahen Osten. In einer selbst inszenierten UN-Konferenz suchten sie gemeinsam mit 18 Schülern aus der gesamten Bundesrepublik nach einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Außerdem überlegten sie, wie das Programm mit den israelischen Gästen an der Schule und in den Familien gestaltet werden könnte.

Endlich, am 18. September, war es soweit: Shalom! Isabelle und Hans begrüßten Elad Fayel und Eden Lerer. Die beiden 16-Jährigen ließen sich sofort die Leipziger Innenstadt zeigen und das obwohl sie schon mehr als 24 Stunden unterwegs waren! Auch an den nächsten beiden Tagen waren sie vom 1. bis zum 4. Block sehr neugierig auf unseren Unterricht. Dort hörten

sie nicht nur interessiert zu, sondern gestalteten selbst eine Präsentation ihres Landes, zum Beispiel für die Klasse 7a. Begeistert stellten die Siebentklässler Fragen in englischer Sprache und beantworteten Briefe, die Eden und Elad von ihren Mitschülern aus Israel mitgebracht hatten. Vielleicht entstehen so neue Freundschaften...?

Am Freitag lud der Geschichtsleistungskurs die israelischen Schüler zu einem gemeinsamen Frühstück ein. Eden und Isabelle ließen es sich jedoch nicht nehmen und überraschten den Kurs mit einer am Vorabend zubereiteten Speise: Kuskus mit Hühnerfleisch und Gemüse. Nach dieser Stärkung kam es auch hier in Anwesenheit von Frau Stollberg, Referentin an der Bildungsagentur Leipzig, Frau OStD Danz, unserer Schulleiterin und weiteren Lehrerinnen zu einem sehr interessanten Gedankenaustausch über die Geschichte und Gegenwart Israels.

Am Sonntag werden nun unsere Gäste Eden und Elad mit Isabelle und Hans eine Woche nach Berlin reisen, um dort gemeinsam mit weiteren israelischen Jugendlichen die Hauptstadt zu besichtigen, mit Politikern zu diskutieren und mehr über die Geschichte und Gegenwart Deutschlands zu erfahren. Wir wünschen unseren Gästen aus Israel einen schönen Aufenthalt in Berlin, eine angenehme Heimreise und für ihre Zukunft sowie die Zukunft ihres Landes alles Gute. Shalom!



Die Teilnahme am Johannes-Rau-Stipendiatenprogramm ist für unsere pädagogische Arbeit von großem Wert. Besonders durch das Vorbereitungsseminar des PAD und die persönliche Begegnung mit israelischen Jugendlichen wurde bei unseren Schülern nachhaltig Neugierde auf das Land Israel, seine Geschichte, Kultur, Religion und Wirtschaft geweckt. In bewegenden Diskussionen, z.B. zu den deutsch-israelischen Beziehungen oder zum israelisch-palästinensischen Konflikt lernten sie unterschiedliche Positionen kennen, setzten sich mit diesen auseinander und entwickelten Toleranz und Engagement, mit dem sie als Multiplikatoren das schulische Leben bereichern. OStD Kristina Danz, Schulleiterin

Erinnern für die Zukunft: Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule

Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 11.12.2014

1. Vorbemerkungen

Im 20. Jahrhundert und in den bisherigen Jahren des noch kurzen 21. Jahrhunderts kämpften und kämpfen an verschiedenen Orten der Welt Menschen erfolgreich für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Zugleich gab und gibt es immer wieder Auseinandersetzungen über die Bewertung und Benennung von Unmenschlichkeit in historischen Prozessen.

Das Jahr 2014 brachte zahlreiche Impulse, Erinnern und Erinnerungskultur als wesentliches Anliegen historisch-politischer Bildung zu pflegen. Neben dem 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs waren der 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs in Europa, der 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution in der DDR mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze und der zehnte Jahrestag der EU-Osterweiterung von besonderer Bedeutung.

Auch die kommenden Jahre bieten zahlreiche Anlässe, sich historischer Ereignisse und ihrer Wirkungen bis in die heutige Zeit zu erinnern. Beispielhaft hervorzuheben sind im Jahr 2015 die Erinnerung an 70 Jahre Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Gründung der Vereinten Nationen, sowie an 25 Jahre der deutschen Wiedervereinigung, im Jahr 2017 die Erinnerung an 500 Jahre Reformation und 100 Jahre Oktoberrevolution, im Jahr 2018 an 80 Jahre nach den nationalsozialistischen Novemberpogromen, 2019 die Erinnerung an das Inkrafttreten der Weimarer Verfassung sowie die Versuche zur Gestaltung einer neuen Welt- und Friedensordnung in den Pariser Vorortverträgen in den Jahren 1919 und 1920. Solche Entwicklungen und Zäsuren beeinflussen die gesellschaftliche, politische und kulturelle Wirklichkeit bis heute.

Erinnerungskultur hängt nicht nur vom äußeren Anlass eines Gedenkdatums ab. Gedenk- und Jahrestage sowie der Besuch von Orten der Erinnerung bieten die besondere Chance, jungen Menschen die Bedeutung der Geschichte für ihr eigenes Leben und ihre eigene Zeit deutlich zu machen. Unerlässlich sind gerade in diesem Zusammenhang Antworten auf die Fragen nach Kausalitäten, Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Erinnerungskultur in der Schule soll junge Menschen befähigen, historische Entwicklungen zu beschreiben und zu bewerten sowie unsere Welt als durch eigenes Tun gestaltbar und veränderbar zu begreifen. Die vorliegenden Empfehlungen richten sich daher an Lehrkräfte ebenso wie an Verantwortliche in Bildungsverwaltungen, in Aus- und Fortbildung sowie in außerschulischen Bildungs- und Lernorten.

2. Ziele und allgemeine Grundsätze

Erinnerungskultur ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels vieler Akteure, Debatten und Traditionen. Erinnern ist für einzelne Menschen wie für Gruppen jeweils Grundlage einer Selbstvergewisserung und für auf die Zukunft bezogenes Handeln. Inhalte und Art des Erinnerns können sich im Laufe der Zeit verändern und müssen auf der Basis der Werteordnung der Menschenrechte und des Grundgesetzes immer wieder neu gestaltet werden.

Im Spannungsfeld verschiedener möglicher Deutungen von Geschichte geht es gleichermaßen um den Erwerb von historischem Bewusstsein, von Wissen, von Empathie, um die Entwicklung einer demokratischen Grundhaltung und die Förderung von Urteilsvermögen und Handlungskompetenz.

Erinnern und Erinnerungskultur sind Teil historisch-politischer Bildung und somit Gegenstand auch des schulischen Lernens. Viele Schulen integrieren Gedenktage oder den Besuch von Orten der Erinnerung, Gedenkstätten und Museen in ein langfristig wirkendes pädagogisches Konzept historisch-politischer Bildung. In zahlreichen Unterrichtsfächern gibt es vielfache An- und Verknüpfungspunkte. Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern aus Gedenkstätten, Museen, Archiven und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft erweitert die Spielräume und den Horizont historisch-politischer Bildung in der Schule. Einer ersten Orientierung dienen die folgenden Grundsätze:

Individuelles und gesellschaftliches Erinnern:

Jede Generation muss sich mit historischen Überlieferungen und Spuren neu auseinandersetzen, sie einordnen und bewerten. Jede Generation befasst sich aufs Neue damit, wie Geschichte geschrieben, umgeschrieben oder mystifiziert, entmythologisiert oder dekonstruiert werden kann. Dies gilt umso mehr, als heutige Generationen sich in Deutschland wie auch in anderen Ländern durch eine hohe Pluralität auszeichnen.

Erinnern ist ein Prozess, der in unterschiedlichen sozialen und kulturellen Zusammenhängen Vergangenheit auf Gegenwart und Zukunft bezieht. Nicht zuletzt lassen sich auch heutige Konflikte und Kriege aus früheren Kriegen, den jeweiligen Kriegsgründen und -anlässen, folgenden Friedensschlüssen und wiederum folgenden neuen Anlässen für weitere, oft auch wiederum kriegerische Auseinandersetzungen ableiten. Wer sich erinnert, fragt danach, wie sich das, was in der Vergangenheit geschah, auf



Gegenwart und Zukunft auswirkt und welche, möglicherweise auch alternativen Handlungsoptionen es in der Vergangenheit gegeben hätte.

Der Umgang mit Erinnerungsanlässen und -orten geschieht unter anderem durch Erzählungen, Medien, Symbole und Institutionen, zu denen auch die Schule gehört. In der Auseinandersetzung mit Geschichte richtet sich die Aufmerksamkeit sowohl auf Opfer als auch auf Täterinnen und Täter, auf Widerstand wie auch auf den demokratischen Neuaufbau. Leistende ebenso wie auf Angepasste, Zaudernde und unreflektiert Mitlaufende und Mitwirkende.

Diese Auseinandersetzung eröffnet die Möglichkeit, der Frage nach individuellen und kollektiven Handlungsspielräumen nachzugehen und vermittelt gleichermaßen Empathie und Respekt gegenüber den Opfern sowie Wertschätzung gegenüber Menschen mit Zivilcourage und Widerstandsgeist. Sie bezieht sich nicht nur auf das Leiden von Menschen durch Unrecht, sondern auch auf das Vorbild der Menschen, die auf unterschiedliche Weise und unter welchen Umständen auch immer Widerstand gegen Unrecht leisteten und für die Werte der Demokratie, der Menschenrechte und des Friedens gekämpft haben oder dies auch in der heutigen Zeit tun.

Kultursensibles und multiperspektivisches Erinnern:

Die Kinder und Jugendlichen unserer heutigen multikulturell geprägten Gesellschaft bringen unterschiedliche Erfahrungen, Verständnisse und Bewertungen von historischen Ereignissen und Entwicklungen mit. Familienerinnerungen aus der Generation der Eltern und Großeltern gehören ebenso dazu wie konkrete Erinnerungen aus eigenem Erleben in einem Land, aus dem sie u. a. wegen der dort erlittenen Kriege, Menschenrechtsverletzungen oder Diskriminierungserfahrungen in Deutschland Zuflucht suchen mussten.

Es stellt sich die Frage, wie etwa Akteure, Ereignisse und Orte deutscher, europäischer und globaler Geschichte von jungen Menschen mit einer Familienbiografie aus deutschen, anderen europäischen und außereuropäischen Ländern erlebt, verstanden und bewertet werden.

Historisch-politische Bildung muss deshalb die didaktischen Prinzipien der Multiperspektivität und der Kontroversität berücksichtigen, Geschichte und Geschichtsbilder als Konstruiertes begreifen und zunehmend befähigen, sich mit verschiedenen his-

torischen Ereignissen, Prozessen und Interpretationsmustern zu beschäftigen und auseinanderzusetzen. Es geht um die ständige selbstständige Reflexion von Geschichtsdeutungen und die aktive Beteiligung an historischen und gesellschaftlichen Kontroversen.

Junge Menschen erfahren vom Leid von politischen Gefangenen, Flüchtlingen und Vertriebenen, von der Missachtung von Menschenrechten in manchen Ländern bis hin zum Genozid. Dafür stehen beispielhaft Ortsnamen, herausgehoben und symbolhaft für die nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager der Name Auschwitz, aber auch die vielen anderen Orte von Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie beispielsweise Babi Jar, Leningrad, Bautzen, Katyn und Warkuta, in jüngerer Zeit aber auch Sarajevo und Srebrenica, Darfur und Ruanda.

Die Geschichte bietet vielfältige „Anlässe“ für eine historisch-politische Bildung, die sich mit den unterschiedlichen Traditionen der Kämpfe um Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie durch kultursensibles und multiperspektivisches Erinnern auseinandersetzt. In diesem Zusammenhang spielen auch die Entstehungsgeschichten und die Folgen von Fremdherrschaft, Diktatur und Kolonialismus eine gleichermaßen wichtige Rolle.

Kultursensibles, sozialsensibles und reflexives Erinnern lenkt zudem den Blick auf unterschiedliche Bereiche des Zusammenlebens in einer Welt, in der an manchen Orten heute noch Mauern und Zäune, menschenfeindliche und kriegerische Auseinandersetzungen das Miteinander der Menschen nahezu unmöglich machen.

Reflexives Erinnern und Handlungsorientierung:

Erinnern ist immer auch gebrochenes Erinnern. Erinnerungskultur thematisiert auch das Nicht-Erinnern, das Nicht-Erinnern-Wollen oder Nicht-Erinnern-Können. Immer wieder haben Menschen den einen Völkermord gegen den anderen aufgerechnet oder miteinander begründet und gerechtfertigt, Vertreibungen der einen Volksgruppe gegen die Vertreibung der anderen gesetzt oder den Grad des Unrechts in der nationalsozialistischen Diktatur mit dem Grad des Unrechts in der SED-Diktatur gleichgesetzt.

Es gilt der in der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ entwickelte Konsens, dass die Verbrechen unter dem Nationalsozialismus nicht durch die Gleichsetzung mit den Verbrechen der staatssozialistischen Diktaturen relativiert und die Verbrechen unter staatssozialistischen Diktaturen nicht durch den

Hinweis auf die Verbrechen des Nationalsozialismus bagatellisiert werden dürfen.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Geschichte des möglichen Missbrauchs von Gedenktagen und Erinnerungsorten in der Vergangenheit. Beispiele sind der Sedantag im Kaiserreich und der Kult um den 9. November als Jahrestag des Hitlerputsches 1923 unter dem Nationalsozialismus.

Der Friedensnobelpreisträger und Überlebende der Shoa Elie Wiesel hat darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Beschäftigung mit Vergangenen mit der Gestaltung einer demokratischen und friedlichen Zukunft zu verbinden: „Es ist falsch, von der Vergangenheit zu reden, wenn man nicht in der Zukunft handelt.“ Er hat in seiner Rede anlässlich des Besuches von US-Präsident Barack Obama in dem ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald am 6. Juni 2009 jedoch auch in Frage gestellt, ob die Welt aus den Schrecken dieses Ortes gelernt habe, denn: „Wie kann es sonst ein Darfur, ein Ruanda und ein Bosnien geben?“

Solche Fragen veranschaulichen, dass reflexives Erinnern den kritischen Umgang mit Geschichte sowie mit Ausformungen von Geschichtspolitik und historisch-politischer Bildung erfordert. Ein moralischer Imperativ alleine reicht nicht aus. Handlungs- und Zukunftsorientierung stehen in einem ständigen produktiv nutzbaren Spannungsverhältnis mit einem reflexiven und kritischen Umgang mit Geschichte und Geschichtsbildern. In diesem Rahmen kann historisch-politische Bildung dazu beitragen, gerade angesichts der Vielfalt unterschiedlicher, zunehmend auch digital zugänglicher Informationen Orientierungswissen und Handlungskompetenz zu erwerben, um sich für Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie einzusetzen.

3. Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern

Erste und konkrete Begegnungen mit Vergangenheit lassen sich beispielhaft über Medien, Gedenktage, und Orte der Erinnerung ermöglichen. Eine regelmäßige Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern fördert vertieftes Lernen. Wichtige Partner der Schulen sind Mahn-, Gedenk- und Begegnungstätten, Kriegsgräberstätten sowie Museen, Archive, Stiftungen, historische Vereine, Verbände und Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.

Schülerinnen und Schüler sollten ermutigt werden, in ihrem Umfeld selbstständig Themen und Orte der Erinnerung zu recherchieren. Dazu gehört auch der kritische Umgang mit Familienerzählungen, die von den Eltern selbst, vielleicht auch in der zweiten oder dritten Generation überliefert wurden. Diese sollten auf der Grundlage historischen Wissens in ihren mit der Zeit erfolgten Brechungen, Unter- und Übertreibungen reflektiert werden. Es geht auch darum, auf den ersten Blick vielleicht unsichtbare Orte der Erinnerung zu erschließen.

4. Maßnahmen der Bildungsverwaltung bzw. der Bildungspolitik

Die Vorgaben der Länder bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für Erinnern und Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung. Dies gilt für Lehr- und Bildungspläne, Curricula, Prüfungsanforderungen aller Bildungsgänge, Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie anderen in der Schule tätigen pädagogischen Fachkräften.

- Die Bildungsverwaltung bzw. die Bildungspolitik der Länder
- berücksichtigt eine kritische Auseinandersetzung mit Erinnerungskultur in Lehr- und Bildungsplänen, Prüfungsanforderungen und Prüfungsaufgaben sowie in Aus- und Fortbildung,
 - ermutigt Schulen zur Entwicklung erinnerungskultureller Profile im Zeichen von Demokratie, Menschenrechten sowie inter- und transkultureller Verständigung auf der Grundlage und in Weiterentwicklung der bereits vorhandenen Beschlüsse der KMK,
 - ermutigt Schulen zur Verankerung historisch-politischer Bildung in Schulprogrammen und zur Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen der Erinnerungskultur und Orten des Erinnerns und Gedenkens,
 - ermutigt zivilgesellschaftliche Organisationen zur Zusammenarbeit mit Schulen,
 - unterstützt Schulen bei der themenbezogenen Vorbereitung und Ausgestaltung von Fahrten zu Gedenkstätten, Mahn- und Begegnungstätten, Archiven, Friedhöfen und anderen Orten der Erinnerung,
 - berücksichtigt Inhalte und Zugangsweisen zur Erinnerungskultur bei der Zulassung von analogen und digitalen Lehr- und Lernmaterialien,
 - ermutigt zur Teilnahme an internationalen Programmen und Austauschprojekten,
 - bezieht Ergebnisse aus wissenschaftlichen Studien und Bildungsangebote von Stiftungen zur Erinnerungskultur in die Weiterentwicklung der historisch-politischen Bildung ein,
 - dokumentiert gute Beispiele aus Schulen auch für andere Schulen und unterstützt Schulen bei der Präsentation ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit.

5. Umsetzung in der Schule

Alle Fächer können – ungeachtet der besonderen Verantwortung des Fachs Geschichte – Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung mit Inhalten der Erinnerungskultur bieten. Die Schule kann sich in den Fächern und fächerverbindend an folgenden beispielhaft genannten Themenkomplexen orientieren:

- Bedeutung und Bewertung von Feier- und Gedenktagen in verschiedenen Ländern und Weltregionen als Teil von Geschichtspolitik,
- Wandel der Bewertung und Auseinandersetzungen rund um zentrale weltgeschichtliche Ereignisse,



- Analyse und Bewertung historischer Verflechtungen zwischen Orten in Deutschland und in anderen Ländern, z. B. aus der Kolonialzeit, an die in der Stadtlandschaft durch Straßennamen erinnert wird,
- Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen der Herabsetzung von Menschen und Gruppen in Geschichte und Gegenwart durch Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus,
- Entwicklungen auf dem Wege zu Freiheit und Demokratie, zur Überwindung von Diktaturen, Grenzen und Mauern, zur Veränderung politischer Grundhaltungen und Werte, zur Etablierung religiöser und weltanschaulicher Toleranz, zu einer auf diese Werte bezogenen Gedenk- und Erinnerungskultur,
- Entwicklung geschlechts-, kultur- und sozialsensibler Zugänge zur Erinnerungskultur,
- Wertung und Bewertung historischer Schuld und individueller Verantwortung in verschiedenen Zeiten und Ländern unter unterschiedlichen Regierungen und Regierungsformen, auch im Hinblick auf heutige Verantwortung,
- Wertung und Bewertung von Auseinandersetzungen um völkerverbindende Werte und Menschenrechte, die Entwicklung des Europagedankens sowie des Gedankens der Einen Welt,
- Entwicklung und Veränderbarkeit von wirklichen und vermeintlichen Grenzen, im Hinblick auf aktuelle Konflikte,
- Erfahrung von und mit freiwilliger oder erzwungener Migration, von Flucht und Vertreibung in unterschiedlichen Weltregionen und zu unterschiedlichen Zeiten,
- Langzeitwirkungen historischer Entwicklungen im Verhältnis von Menschen und Volksgruppen zueinander,
- Entstehung und Auswirkungen von Selbst- und Fremdbildern, beispielsweise im Hinblick auf ausgewählte oder auch fiktive Biographien von Opfern von Deportation, Flucht und Vertreibung, der Menschen, die Widerstand leisteten sowie der Menschen, die als Täterinnen und Täter schuldig wurden,
- Bedeutung von Bildung bei der Vermittlung von Einstellungen zu anderen Menschen, Ländern, auch im Hinblick auf die Entstehung und Bewältigung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“

Die Schule kann historisch-politische Bildung und Erinnerungskultur programmatisch vor allem unter folgenden Gesichtspunkten verwirklichen:

- Entwicklung von Schulprofilen im Hinblick auf Demokratie, Menschenrechte, Erinnerung und Verankerung im Schulprogramm,
- Diskussion der Auswahl geeigneter Themen zur Erinnerungskultur in Fach-, Lehrer- und Schulkonferenzen,
- Fortbildungen an Gedenk- und Erinnerungsorten,
- Entscheidung über geeignete Lehr- und Lernmaterialien,

- Verknüpfung von fachbezogenem und fächerübergreifendem Unterricht sowie von außerunterrichtlichen Vorhaben,
- Ermutigung von Schülerinnen und Schülern, sich im Unterricht, in Projekten oder auch in ihrer Freizeit mit historisch-politischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen und ihre Rolle in unserer Demokratie auszugestalten,
- Entwicklung künstlerischer und digital-elektronischer Zugänge zur Bearbeitung des Erinnerns,
- Einbeziehung der Geschichte aus verschiedenen europäischen und außereuropäischen Ländern,
- Aufbau und Pflege von Bildungspartnerschaften mit Gedenkstätten, Museen, Archiven und anderen Orten der Erinnerung,
- Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der Erinnerungskultur wie Stiftungen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen sowie Opferverbänden,
- Klassenfahrten zu Orten der Erinnerung auch außerhalb der deutschen Grenzen,
- Aufbau und Pflege von inter- und transnationalen Schulpartnerschaften und Projekten, auch über digitale Medien,
- Beteiligung an überregionalen Wettbewerben und Netzwerken.

6. Verweise

Ergänzend wird auf folgende Empfehlungen der Kultusministerkonferenz verwiesen:

- Menschenrechtserziehung in der Schule (Beschluss der KMK vom 04.12.1980 i. d. F. vom 14.12.2000)
- Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Geschichte (Beschluss der KMK vom 01.12.1989 i. d. F. vom 10.02.2005) und Sozialkunde/Politik (Beschluss der KMK vom 01.12.1989 i. d. F. v. 17.11.2005)
- Berücksichtigung der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. in den Schulen (Beschluss der KMK vom 22.03.1968 i. d. F. vom 27.04.2006)
- Europabildung in der Schule (Beschluss der KMK vom 08.06.1978 i. d. F. vom 05.05.2008)
- Stärkung der Demokratieerziehung (Beschluss der KMK vom 06.03.2009)
- Empfehlung zur Nutzung des 9. November als Projekttag zur Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert (Beschluss der KMK vom 18.06.2009)
- Medienbildung in der Schule (Beschluss der KMK vom 08.03.2012)
- Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur kulturellen Kinder- und Jugendbildung (Beschluss der KMK vom 01.02.2007 i. d. F. vom 10.10.2013)
- Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule (Beschluss der KMK vom 25.10.1996 i. d. F. vom 05.12.2013).



Kommuniqué zur deutsch-israelischen Bildungszusammenarbeit

Unterzeichnet am 12.03.2015 in Leipzig



BOTSCHAFT DES
STAATES ISRAEL

Kommuniqué zur deutsch-israelischen Bildungszusammenarbeit anlässlich des 50-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen im Jahr 2015

In Anerkennung und Würdigung der seit fünf Jahrzehnten kontinuierlich gewachsenen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel bekräftigen die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (im Folgenden als Kultusministerkonferenz bezeichnet) und die Botschaft des Staates Israel, ihre vielseitige, vertrauensvolle Kooperation im Bildungsbereich fortzuführen und zu intensivieren.

Eingedenk des einzigartigen Verhältnisses zwischen Deutschland und Israel, heben die Kultusministerkonferenz und die Botschaft des Staates Israel die Notwendigkeit hervor, das Andenken an die Shoah bei Schülerinnen und Schülern auch in Zukunft zu bewahren und sie für Menschenrechte, Toleranz und Demokratie zu sensibilisieren. Vor diesem Hintergrund sprechen sie sich dafür aus, weiterhin bei der Vermittlung von Kenntnissen über die Shoah in der Schule eng miteinander zu kooperieren.

Sie erinnern in diesem Zusammenhang an die zwischen Kultusministerkonferenz und Yad Vashem am 23.10.2013 unterzeichnete Vereinbarung.

Die Kultusministerkonferenz und die Botschaft des Staates Israel bekräftigen ihren Wunsch, durch ihre Zusammenarbeit im Bildungswesen weiterhin die Kontakte zwischen jungen Deutschen und jungen Israelis über Generationen hinweg zu festigen. Ein authentisches Bild sowie ein vertieftes Verständnis des Partnerlandes, insbesondere seiner Gesellschaft, Politik, Kultur, Geschichte und Religion, stellen ein wesentliches Fundament für die weitere Vertiefung der bilateralen Beziehungen in den nächsten Jahrzehnten dar. Diesem Anliegen soll auf vielfältige Weise im Schulunterricht in beiden Ländern sowie durch Lehrerfortbildungen und Maßnahmen wie Schüler- und Lehreraustausche und Schulpartnerschaften nachhaltig Rechnung getragen werden.

Geschehen in Leipzig am 12. März 2015, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher Sprache

Für die Kultusministerkonferenz

Für die israelische Seite

Brunhild Kurth
Präsidentin der Kultusministerkonferenz

Yakov Hadas-Handelsman
Botschafter des Staates Israel

1965 - 2015
לְיַחֲסֵים חֲדָיִם לְפִלֻסְתִּיִּים
לְיִשְׂרָאֵל-גֵּרְמָנִיָּה
50 Jahre
Diplomatische Beziehungen
Deutschland-Israel



